

# Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 und die weitere Entwicklung des Geldwertes

GUTACHTEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK  
VOM 21. JULI 1965  
ERSTATTET AUF WUNSCH DES BUNDESFINANZHOFES

*Die Deutsche Bundesbank war am 11. März 1965 vom Vorsitzenden des IV. Senats des Bundesfinanzhofs gebeten worden, „nähere Angaben über das Ausmaß der Geldentwertung in den Jahren 1950 bis heute und über die wahrscheinliche weitere Entwicklung zu machen“. Anlaß zu dieser Fragestellung boten beim Bundesfinanzhof anhängige Verfahren, in denen die Steuerpflichtigen bei der Ermittlung ihrer Einkünfte die Geldentwertung berücksichtigt wissen wollten. Eine dieser Klagen (AZ. IV 300/64) ist inzwischen durch Urteil vom 27. Juli 1967 (Bundessteuerblatt 1967 III S. 690), eine andere (AZ. VI R 179/66) durch Urteil vom 10. November 1967 (Der Betrieb 1968 S. 425) entschieden worden. In den Gründen des Urteils des IV. Senats wurde unsere Stellungnahme zusammenfassend wiedergegeben. Im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzhof veröffentlichen wir nunmehr unser Gutachten in vollem Wortlaut.*

## I. Zur Frage der Messung von Geldwertveränderungen

1. So berechtigt die Frage ist, ob der Geldwert im Verlauf der letzten vierzehn Jahre einer Minderung unterlag, so schwierig, ja nahezu unmöglich ist es, hierfür ein allgemein anerkanntes Maß zu nennen. Wenn in früheren Jahrzehnten von einer Verschlechterung des Geldwertes die Rede war — etwa in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg —, so wurde die Verminderung des Wertes der inländischen Währung in erster Linie an dem steigenden Preis für ausländische Währungen gemessen, mit anderen Worten: die Veränderung des Geldwertes wurde aus der Veränderung des *Außenwertes* des Geldes abgelesen. Um die Preise am Binnenmarkt kümmerte man sich, vom Standpunkt des Geldwertes her, weniger; daß Hochkonjunktoren mit „Teuerung“ verknüpft waren, wurde für selbstverständlich gehalten. Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg trat beides ins allgemeine Bewußtsein: Der Außenwert und der Binnenwert sanken, und beide wurden entsprechend als Inflationssymptome gewertet. Wenn heute von einer Verschlechterung des Geldwertes gesprochen wird, so wird dabei fast ausschließlich an den *Binnenwert der Währung* gedacht und dessen Veränderung an der Preisentwicklung im Inland zu beurteilen versucht. Diese Betrachtungsweise ist zweifellos zu einseitig. Da mit nationaler Währung sowohl Güter und Leistungen im Inland gekauft werden als auch ausländische Währungen, mit denen Güter und Leistungen auf ausländischen Märkten erworben werden können, muß bei der Beurteilung der Geldwertveränderung dem doppelten Gesicht der Währung, ihrer Verwendung im inländischen und im internationalen Zahlungsverkehr, Rechnung getragen werden.

2. Es wird noch darzulegen sein, daß sich der Außen- und der Binnenwert der D-Mark in den Jahren seit 1950, soweit die vorhandenen Informationen zu einem Urteil hierüber überhaupt ausreichen, gegensätzlich veränderten. Damit wird bereits deutlich, daß die Antwort auf die Frage nach der Geldwertveränderung sehr unterschiedlich ausfallen kann, je nachdem, welcher *Verwendungszweck*, für den die nationale Währung in Zahlung gegeben wird, ins Auge gefaßt wird. Das ist auch von Bedeutung, wenn die Veränderung des Binnenwertes des Geldes für sich allein beurteilt werden soll. Gemeinhin wird angenommen, der Binnenwert des Geldes ließe sich daran messen, wie sich die Preise für gleiche Waren und Leistungen verändert haben. Dabei ist freilich nicht die Veränderung einzelner Preise gemeint, sondern die durchschnittliche Veränderung aller Preise. Es ist aber praktisch unmöglich, alle Preise zu ermitteln, und es würde überdies vielfach zu einer höchst unbefriedigenden Antwort führen, wenn die von einem einzelnen oder einer bestimmten sozialen Gruppe gestellte Frage nach der Veränderung des Geldwertes mit dem Hinweis auf die durchschnittliche Veränderung aller Preise für Waren und Dienstleistungen auf allen Stufen des Produktions- und Verteilungsprozesses beantwortet würde. Unter Umständen sind viele oder gar die meisten Preise, die in eine solche Berechnung einbezogen würden, für einen konkreten Fall belanglos. Es ist daher notwendig, die Frage nach der Veränderung des Binnenwertes des Geldes dahingehend zu präzisieren, welcher Verwendungszweck des Geldes dabei in erster Linie gemeint ist. Besteht hierüber Klarheit, so muß in der Regel eine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Preise für die Beantwortung dieser Frage als „repräsentativ“ angesehen

werden sollen. Die Vielzahl von einzelnen Preisindices, die es in der Bundesrepublik gibt, versucht diesen unterschiedlichen Aspekten Rechnung zu tragen.

3. Wenn gesagt wird, daß der Binnenwert des Geldes an den (wie auch immer ermittelten) Preisen der Waren und Dienstleistungen gemessen werden könne, so gilt das — was häufig übersehen wird — im Grunde nur für eine Volkswirtschaft mit *freien Preisen*. Nur bei freier Preisbildung ist, jedenfalls nach bisheriger Erfahrung, sichergestellt, daß die Preise mehr oder weniger „Gleichgewichtspreise“ sind, Preise also, bei denen jeder, der den Preis entrichten kann, das nachgefragte Gut ohne weiteres erwerben kann (wie auch andererseits dieser Preis einen größtmöglichen Absatz sichert). In einer Wirtschaft mit staatlich festgesetzten Preisen kann die Preisentwicklung, insbesondere wenn Preise, Mieten und Löhne weitgehend gestoppt sind, über die Entwicklung des „Geldwertes“ nichts oder nur wenig aussagen. In einer solchen Wirtschaft kann das Geld auf die Dauer seine Funktionen in der Regel sogar nur zusammen mit behördlichen Zuweisungen von Waren, Wohnungen usw. ausüben, denn bei zu niedrig festgesetzten Preisen pflegt die Nachfrage das Angebot zu übersteigen. Wenn *staatlich regulierte Preise* nur auf Einzelmärkten eine Rolle spielen, gilt im Hinblick auf diese Märkte vielfach dasselbe. Zwar besteht in einem solchen gemischten System von freien und staatlich regulierten Märkten die Tendenz, daß ein Nachfrageüberschuß, der sich auf einem regulierten Markt dann bildet, wenn der administrativ bestimmte Preis unter dem „Gleichgewichtspreis“ bleibt (z. B. Nachfrageüberschuß bei Wohnungen, deren Mieten „marktwidrig“ niedrig gehalten werden), auf „freien“ Teilmärkten zum Ausgleich drängt und dort zu Preissteigerungen führt, die sonst in dieser Höhe nicht eintreten würden. Der Durchschnitt aller — der gebundenen wie der freien — Preise mag deshalb nicht sehr weit von dem Durchschnitt derjenigen Preise entfernt sein, der sich ergeben würde, wenn alle Preise frei wären. Gleichwohl ist der Versuch einer Geldwertmessung anhand der Preisentwicklung unter solchen Bedingungen fragwürdig. Besonders problematisch wird er dann, wenn sich im Verlauf eines Beobachtungszeitraums der Umfang der staatlichen Preisbindung ändert. In der Bundesrepublik war das seit 1950 vor allem bei den Altbauwohnungen und den Wohnungen des mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Wohnungsbaus der Fall, deren Mieten zunächst gebunden waren, inzwischen aber vielfach freigegeben wurden, wobei die Wohnungen gleichzeitig aus der Bewirtschaftung entlassen wurden. Aber auch die Preise bestimmter Lebensmittel und industrieller Grundstoffe sind erst allmählich freigegeben worden, und die Entgelte für Leistun-

gen der öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe wurden dem höheren Kostenniveau besser angepaßt. Preissteigerungen, die eine Konsequenz der Aufhebung von Preisbindungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen sind, sind aber vom Standpunkt der Geldwertmessung nicht vergleichbar mit einer Erhöhung freier Preise, denn es handelt sich um Preise für Güter zwar gleicher Art, aber unterschiedlicher ökonomischer Qualität. Ein jederzeit ohne staatliche Zuweisung zu erwerbendes Gut ist qualitativ höher zu bewerten als ein vom Staat zwangsbewirtschaftetes Gut, dessen Erwerb vielen Personen u. U. überhaupt nicht möglich ist. Erst die Freigabe des Gutes aus der Preisbindung — und damit in der Regel auch aus der Bewirtschaftung — ermöglicht eine ökonomisch zutreffende Bewertung durch den Markt.

Umgekehrt schränkt natürlich auch der Übergang von bisher freien Preisen zu staatlich gebundenen Preisen den Aussagewert der Preise für die Frage der Geldwertmessung ein, und zwar nicht nur dann, wenn damit an sich zu erwartende Preissteigerungen unterbunden werden (verdeckte Inflation), sondern auch dann, wenn dadurch Preise durchgesetzt werden, die — wie z. B. bei agrarischen „Marktordnungswaren“ —, über den Preisen liegen, die ohne staatlichen Eingriff in den Markt ablauf zustande kämen. Preissteigerungen der letztgenannten Art ohne weiteres einer Geldwertverschlechterung gleichzusetzen, ist ebenfalls problematisch, denn den administrativ überhöhten Preisen stehen in diesen Fällen häufig weit niedrigere Werte für die gleichartigen Produkte gegenüber, die sich zu den gegebenen Preisen als am Markt unabsetzbare Überschußgüter ansammeln und die zum Teil im Ausland zu weit niedrigeren Preisen abgesetzt werden (Schweine, Butter u. ä.). Diese niedrigen Werte gehen aber in keine Preisstatistik ein. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß die Preise für Agrarprodukte (und damit bis zu einem gewissen Grade auch die gesamten Lebenshaltungskosten) in der Bundesrepublik niedriger wären, wenn (wie z. B. in England) die Agrarsubventionen aus dem Staatshaushalt unmittelbar an die Landwirte — statt mittelbar, nämlich über die von den Konsumenten zu entrichtenden Preise für Agrarprodukte — geleistet und die Produkte zu „Weltmarktpreisen“ an die Verarbeiter und den Handel abgegeben würden. Die dann (*ceteris paribus*) notwendigerweise höheren Steuern, die die Staatsbürger zu entrichten hätten und die ihnen ebenfalls etwas von ihrer „Kaufkraft“ wegnehmen würden, träten aber nicht als „Erhöhung der Lebenshaltungskosten“ im Index in Erscheinung.

Da alle derartigen Einflüsse letzten Endes unmeßbar sind, stellt es auch aus diesem Grunde eine nur schwer zu vertretende Vereinfachung dar, wenn der Binnen-

wert des Geldes an der Entwicklung aller, auch der staatlich beeinflussten, Preise gemessen wird, insbesondere in einer Periode, in der sich der Umfang der staatlichen Preisbeeinflussung erheblich geändert hat und teilweise noch ändert.

## II. Der Außenwert der D-Mark seit 1950

4. Der Außenwert der D-Mark ist im Verlauf der vierzehn Jahre seit 1950 gestiegen, und dies in dreifacher Hinsicht: Einmal gilt dies für den *Devisenkurs der D-Mark*, ausgedrückt in Gold oder in einer anderen Währung (ausgenommen holl. Gulden). Der Devisenkurs einer Währung besagt freilich in einem System fester Wechselkurse, wie es für die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds prinzipiell gilt, nicht viel über die möglichen Veränderungen des Außenwertes einer Währung, denn in diesem Währungssystem führt eine Veränderung des Außenwertes einer Währung zunächst nur zu einem Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz, und nur wenn dieses lange anhält, kommt es unter Umständen zu einer Paritätsänderung. Die Bundesrepublik wies nahezu ein Jahrzehnt — von 1951 bis 1960 — ununterbrochen Zahlungsbilanzüberschüsse auf. Die darin zum Ausdruck kommende Unterbewertung der D-Mark gegenüber anderen Währungen wurde mit der D-Mark-Aufwertung im Jahre 1961 — um 5 vH — korrigiert. Der Außenwert der D-Mark hat sich also entsprechend erhöht.

5. Eine weitere — qualitative — Verbesserung des Wertes der D-Mark im internationalen Verkehr, die im offiziellen Wechselkurs freilich nicht zum Ausdruck kommen kann, ist darin zu erblicken, daß die Devisenzwangswirtschaft, die im Jahre 1950 noch fast alle Bereiche des Außenwirtschaftsverkehrs umfaßte, allmählich gelockert und seit 1958 gänzlich abgeschafft wurde. *Ausländische Währungen sind seither unbeschränkt* und für jeden Zweck gegen D-Mark zu erhalten. Diesen Vorteil für die Bevölkerung zu quantifizieren, ist natürlich nicht möglich. Wie hoch aber verschiedentlich der Wert freier Verfügbarkeit über ausländische Valuten während der Zeit der Devisenbewirtschaftung veranschlagt wurde, geht aus den *freien Notenkursen* hervor, zu denen im Ausland ausländische Währungen gegen D-Mark zu erhalten waren. So erbrachten Anfang 1950 in Zürich 100 DM (Noten) im Freiverkehr nur 73,50 sfr. 1960 aber, im Jahre vor der Aufwertung, in dem die Devisenbewirtschaftung nicht mehr bestand, wurden für 100 DM (Noten) in Zürich 103,50 sfr und 1964 — nach der Aufwertung also — sogar 108,60 sfr erlöst (vgl. Tabelle 1).

6. Aber auch in einer dritten Hinsicht hat sich der Außenwert der D-Mark im Verlauf der letzten vierzehn Jahre, wenn auch nur leicht, erhöht, nämlich

Tab. 1: Zum Außenwert der DM

Zeit	Offizieller Devisenkurs <sup>1)</sup>				Notenkurs in Zürich <sup>2)</sup>		Index der Einkaufspreise für Ausländische Güter 1950 = 100 <sup>3)</sup>
	100 DM = US-\$	1950 = 100	100 DM = sfr <sup>4)</sup>	1950 = 100	100 DM = sfr	1950 = 100	
1950	23,81	100,0	104,11	100,0	80,89 <sup>5)</sup>	100,0	100,0
1951	23,81	100,0	104,11	100,0	84,11	104,1	127,7
1952	23,81	100,0	104,11	100,0	91,73	113,5	112,0
1953	23,81	100,0	104,18	100,1	96,13	118,9	102,7
1954	23,81	100,0	104,14	100,0	100,66	124,5	102,9
1955	23,75	99,7	104,17	100,1	100,90	124,8	103,2
1956	23,79	99,9	104,43	100,3	101,30	125,3	107,1
1957	23,80	100,0	104,33	100,2	101,31	125,3	105,7
1958	23,86	100,2	104,41	100,3	102,06	126,3	100,1
1959	23,93	100,5	103,39	99,3	103,33	127,8	97,6
1960	23,98	100,7	103,56	99,5	103,49	128,0	98,3
1961	24,86 <sup>6)</sup>	104,4	107,37 <sup>6)</sup>	103,1	107,43 <sup>6)</sup>	132,9	94,6
1962	25,01	105,1	108,15	103,9	108,08	133,7	93,7
1963	25,09	105,4	108,40	104,1	108,34	134,0	95,9
1964	25,16	105,7	108,65	104,4	108,62	134,4	97,9
Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH <sup>7)</sup> (+ bedeutet Verbesserung des Außenwertes der DM)							
1950 — 1955		- 0,1		+ 0,0		+ 4,5	- 0,6 <sup>8)</sup>
1955 — 1960		+ 0,2		- 0,1		+ 0,5	+ 1,0 <sup>8)</sup>
1960 — 1964		+ 1,2		+ 1,2		+ 1,2	+ 0,1 <sup>8)</sup>
1950 — 1964		+ 0,4		+ 0,3		+ 2,1	+ 0,2 <sup>8)</sup>
<sup>1)</sup> Seit 1953 errechnet aus den amtlichen Devisen-Mittelkursen an der Frankfurter Börse (vorher nach den Devisen-Umrechnungssätzen der Bank deutscher Länder). — <sup>2)</sup> Für DM-Banknoten im Freiverkehr. — <sup>3)</sup> 1950—1957 Index auf Originalbasis 1950 = 100, 1958—1964 umbasiert von der Originalbasis 1958 = 100. — <sup>4)</sup> Bis 24. 12. 1958 nach den Kursen für an Abkommen gebundene Schweizer Franken. — <sup>5)</sup> Niedrigster Kurs im Jahre 1950 = 73,50 (am 2. 1. 50). Höchster Kurs im Jahre 1950 = 85,00 (am 12. 4. 50). — <sup>6)</sup> Aufwertung der DM mit Wirkung vom 6. 3. 61 um 5 vH. — <sup>7)</sup> Errechnet als geometrisches Mittel. — <sup>8)</sup> Errechnet aus dem reziproken Wert der Preisveränderungen.							

gemessen an den Preisen der von der Bundesrepublik aus dem Ausland bezogenen Waren. Nach dem vom Statistischen Bundesamt errechneten Preisindex für Einfuhrgüter mußte im Jahre 1964 für dieselbe Einfuhrmenge, in D-Mark gerechnet, 2 vH weniger aufgewendet werden als im Jahre 1950. Der Grund für diese Verbesserung des Außenwertes der D-Mark liegt darin, daß die Preise der eingeführten Waren 1964 (in US-Dollar gerechnet), entsprechend der Preistendenz auf den wichtigsten Weltmärkten, nur wenig (3 vH) höher waren als im Jahre 1950 und daß infolge der Aufwertung der D-Mark ausländische Währungen um 5 vH billiger zu erwerben waren als damals. Aber auch wenn die D-Mark nicht aufgewertet worden wäre, hätte im Jahre 1964 für eine D-Mark fast die gleiche Menge von Einfuhrgütern gekauft werden können wie vierzehn Jahre zuvor.

7. Gegen die Feststellung, daß sich der Außenwert der D-Mark im Verlauf der letzten eineinhalb Jahrzehnte erhöht und gefestigt habe, läßt sich freilich einwenden, daß die *ausländischen Währungen*, an denen

hier der Wert der D-Mark gemessen wird, in dieser Zeit selbst an innerem Wert verloren haben. In der Tat sind die Binnenpreise in diesem Zeitraum in fast allen Ländern gestiegen. Für die Verwendung der D-Mark im auswärtigen Zahlungsverkehr ist das aber nur auf einem Gebiet, nämlich bei Reisen im Ausland, unmittelbar von größerer Bedeutung gewesen. Im übrigen interessiert für den Außenwert einer Währung im wesentlichen nur die Preisentwicklung der aus dem Ausland eingeführten Waren, die, wie der schon erwähnte Preisindex für Einfuhrwaren der Bundesrepublik zeigt, in den letzten vierzehn Jahren nur um insgesamt 3 vH gestiegen sind.

### III. Die Entwicklung des Binnenwertes der D-Mark seit 1950

8. Es wurde bereits darauf hingewiesen (Ziffer 2 und 3), daß die Messung des Binnenwertes des Geldes an der Entwicklung der Preise im Inland im Grunde eine in vieler Hinsicht angreifbare Vereinfachung darstellt. Kaum weniger problematisch ist die *Messung der Preisentwicklung* selbst. Das Statistische Bundesamt, das die in der Bundesrepublik gebräuchlichen Indices erstellt, hat in seinen Veröffentlichungen auf diese Schwierigkeiten selbst hingewiesen.

„Bei der Untersuchung von Geldwertänderungen stellt sich als erstes die Frage, an welchen Preisänderungen ‚der‘ Geldwert in einer Volkswirtschaft eigentlich gemessen werden soll. Preise im weiteren Sinne entstehen beim Umsatz von Waren und Dienstleistungen einschl. des Sachvermögens, beim Umsatz von finanziellen Titeln (Wertpapierkurse, Devisenkurse u. dgl.) und bei der Inanspruchnahme von Faktorleistungen, also von Arbeits-, Kapital- und Unternehmerleistungen (Lohnsätze, Zinssätze und die Preiskomponente im Gewinn). Soll man bei der Untersuchung ‚des‘ Geldwertes von den Geldbeträgen ausgehen, mit denen innerhalb einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Periode alle diese Umsätze bewältigt werden, und von den Preisen, die dabei erzielt werden? ... Im allgemeinen ist das Interesse mehr auf enger abgegrenzte Preisindices gerichtet, die die Entwicklung der Kaufkraft eines bestimmten Geldbetrages in der Hand einer bestimmten Besitzer- oder Käufergruppe für einen bestimmten Zweck messen. Mit an vorderster Stelle stehen dabei die Preisindices, die es erlauben, die Kaufkraft ‚der‘ Einkommen oder der Einkommen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu verfolgen. Dabei beschränkt sich die Beobachtung meist auf die Käufe von Gütern des Privaten Verbrauchs“<sup>1)</sup>.

Die Frage, ob die Preisentwicklung der Güter des privaten Verbrauchs in erster Linie zum Maßstab für die Frage der Geldwertmessung genommen werden soll, wird weiter unten noch eingehender erörtert. Zunächst aber ist festzuhalten, daß sich alle originär ermittelten Preisindices auf einen genau beschriebenen Kreis von Gütern auf einer bestimmten Stufe des volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozesses beschränken.

9. Alle originären Preisindices in der Bundesrepublik werden im Prinzip in der Weise erstellt, daß die

<sup>1)</sup> Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, 1962/63, S. 51.

Preisentwicklung *gleicher* Waren und Leistungen festgestellt wird und daß diese Preise mit demjenigen „Gewicht“ in die Indexberechnung einbezogen werden, das diesen Waren und Leistungen — gemessen am Umfang der Produktion oder des Verbrauchs — im *Ausgangsjahr* der Berechnung zukam. Ändert sich die Zusammensetzung des Warensortiments, weil bestimmte Waren im Laufe der Zeit an Bedeutung gewinnen oder überhaupt erst auf den Markt kommen, andere Güter dagegen an Bedeutung verlieren, so kann das bei der Indexberechnung solange nicht berücksichtigt werden, als die Berechnungsbasis dieselbe bleibt. Umstellungen auf eine zeitnähere Basis sind aber nur im Abstand von mehreren Jahren möglich. Die Tendenz geht dahin, diesen zeitlichen Abstand, der früher bei den wichtigeren Preisindices meist acht Jahre betragen hatte, auf vier Jahre zu verkürzen; einer der Indices, nämlich der für die Einzelhandelspreise, wird auch heute noch nach der Waren- und Preisstruktur von 1950 errechnet. Aus Gründen, die weiter unten für den Preisindex für die Lebenshaltung noch näher dargelegt werden, neigen Indices mit einem festen Gewichtungsschema dazu, die Preissteigerungen, je länger das Gewichtungsschema beibehalten wird, desto mehr zu übertreiben, ohne daß freilich genau gesagt werden könnte, wie groß dieser rein statistisch bedingte Einfluß auf den Verlauf der Indices ist.

10. *Alle wichtigen Preisindices* für die Bundesrepublik weisen für den Zeitraum der Jahre 1950 bis 1964 *steigende Tendenz* auf (vgl. Tabelle 2). Das Ausmaß der Erhöhung war aber bei den einzelnen Indices recht unterschiedlich; außerdem unterlag die Entwicklung fühlbaren Schwankungen im Zeitverlauf. Im Durchschnitt dieser vierzehn Jahre wies der Einzelhandelspreisindex die geringste Steigerung auf; er stieg pro Jahr um 1,6 vH<sup>2)</sup>. Der Index der industriellen Erzeugerpreise erhöhte sich nur wenig stärker, nämlich um 1,7 vH pro Jahr. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg im gleichen Zeitraum um 2,1 vH pro Jahr, der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte um 2,6 vH und der Preisindex für den Wohnungsbau um 5,2 vH. Auffallend ist die Abweichung des erst-erwähnten Einzelhandelspreisindex vom Preisindex für die Lebenshaltung. Der Unterschied beruht darauf, daß letzterer auch die Preise derjenigen Waren und Leistungen umfaßt, die nicht vom Einzelhandel an den Verbraucher geliefert werden. Es handelt sich dabei u. a. um die Umsätze der Fleischer und Bäcker, deren Geschäfte statistisch nicht zum Einzelhandel, sondern zum

<sup>2)</sup> Alle durchschnittlichen Steigerungsraten wurden als „geometrisches Mittel“ errechnet.

Tab. 2: Preisentwicklung im Inland  
1950 = 100

Zeit	Preisindex für die Lebenshaltung (Mittlere Verbrauchergruppe)	Index der Einzelhandelspreise	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte im Inlandsabsatz	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>1)</sup> 1950/51 = 100	Preisindex für den Wohnungsbau
1949	106,7	111	102,8	107,6	104,7
1950	100,0	100	100,0	100,0	100,0
1951	107,8	109	118,7	115,6	115,6
1952	110,0	109	121,4	113,4	123,3
1953	108,1	104	118,3	111,8	119,1
1954	108,2	104	116,4	116,2	119,7
1955	110,0	105	118,4	122,8	126,2
1956	112,9	106	120,2	127,6	129,6
1957	115,2	109	122,3	129,2	134,2
1958	117,7	111	121,8	130,2	138,3
1959	118,8	112	120,9	133,5	145,6
1960	120,5	113	122,3	127,3	156,6
1961	123,2	115	123,9	132,5	168,5
1962	126,9	119	125,3	134,7	183,1
1963	130,7	122	125,9	138,3	194,0
1964	133,8	124	127,3	143,0 <sup>2)</sup>	204,4
Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH <sup>3)</sup>					
1950 — 1955	+ 1,9	+ 1,0	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,8
1955 — 1960	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 4,4
1960 — 1964	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 6,9
1950 — 1964	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,6	+ 5,2
1953 — 1964	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,3	+ 5,0

<sup>1)</sup> Jahreszahlen beziehen sich jeweils auf das Wirtschaftsjahr; z. B. bedeutet die Angabe für 1949: Durchschnitt aus den Monatszahlen Juli 1949 bis Juni 1950. — <sup>2)</sup> Einfaches arithmetisches Mittel aus den Monatszahlen Juli 1964 bis Mai 1965. — <sup>3)</sup> Errechnet als geometrisches Mittel.

Handwerk rechnen, um Dienstleistungen, um die Wohnungsnutzung, um den Bezug von Gas und Strom u. a. m. Der Einzelhandelspreisindex deckt somit im Prinzip nur einen Teilbereich der Verbraucherpreise, so daß auf ihn hier nicht näher eingegangen wird. Auch die übrigen, noch engere Teilgebiete erfassenden Preisindexziffern, die das Statistische Bundesamt laufend errechnet, werden hier nicht behandelt. Ein vollständiges Verzeichnis der amtlichen Preisindexziffern — 25 an der Zahl — enthält Anlage 1.

11. Die Preise entwickelten sich — wie schon angedeutet — innerhalb der letzten fünfzehn Jahre keineswegs stetig. Wie der Tabelle 2 im einzelnen zu entnehmen ist, sind die Preisindices im Jahre 1951 am stärksten gestiegen. Damals haben sich die Preise in der Bundesrepublik hauptsächlich wegen der mit dem Koreakrieg verbundenen Kaufwelle im Inland und auf den Weltmärkten sprunghaft erhöht. Gleichzeitig spielte in diesem Jahre wie auch noch in den unmittelbar darauffolgenden Jahren die Aufhebung der staatlichen Preisbindung für Nahrungsmittel (Brot- und Brot-erzeugnisse u. a.) sowie die — zumindest teilweise — Anpassung der öffentlichen Tarife im Verkehrs- und Versorgungswesen an das Preis- und Kostenniveau der

Jahre nach der Währungsreform eine große Rolle. Die Preise waren deshalb 1951 weit höher als 1950. Da sie auch 1949 erheblich über dem Stand von 1950 gelegen hatten, stellt das Preisniveau im Jahre 1950 einen extrem niedrigen Stand in der Preisentwicklung der Nachkriegszeit dar. Würde man die Betrachtung der längerfristigen Preisentwicklung in der Nachkriegszeit erst etwas später beginnen, z. B. im Jahre 1953, in dem einerseits die staatliche Preiskontrolle bereits erheblich abgebaut worden war, andererseits sich aber auch der zum Teil überhöhte Preisstand während der Korea-Krise wieder etwas zurückgebildet hatte, so ergäben sich für die meisten Preisindices geringere jahresdurchschnittliche Preissteigerungsraten. Sie betragen für die Jahre 1953 bis 1964 bei den Erzeugerpreisen industrieller Produkte 0,7 vH, beim Preisindex für die Lebenshaltung 2,0 vH, bei den Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte 2,3 vH und beim Preisindex für den Wohnungsbau 5,0 vH.

12. Die Unterschiede in den Steigerungsraten für die einzelnen, oben aufgeführten, Indices machen deutlich, wie sehr es bei der Beurteilung der Geldwertveränderung darauf ankommt, denjenigen Preisindex auszuwählen, der der Verwendung der Geldbeträge, deren „Kaufkraft“ beurteilt werden soll, am nächsten kommt. Wegen dieser starken Differenzen taucht immer wieder die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, einen umfassenden Index, der die gesamte Preisentwicklung repräsentiert, zu konstruieren. Wie erwähnt, gibt es einen originären Index dieser Art nicht, wohl aber kann aus der Sozialproduktsberechnung ein Index abgeleitet werden, der die Preisentwicklung aller Produkte und Leistungen zum Ausdruck bringt, die im Inland verbraucht oder investiert werden<sup>1)</sup>. Dieser „Preisindex aller in die inländische Verwendung eingehenden Waren und Leistungen“ weist für die Jahre 1950 bis 1964 eine jahresdurchschnittliche Steigerung von 2,8 vH auf und für die Jahre 1953 bis 1964 eine solche um 2,4 vH (vgl. Anlage 2, zweite Spalte). Ganz abgesehen davon, daß dieser abgeleitete Index zum Teil auf Schätzungen aufbaut und daher ungenauer ist als die originären Indices, ist seine Verwendbarkeit für die Frage der Geldwertmessung auch aus anderen Gründen recht problematisch. Das rührt einmal daher, daß sich dieser Index gemäß dem Aufbau der Sozialproduktsberechnung nicht nur aus einem Unterindex für den privaten Verbrauch und je einem solchen für

<sup>1)</sup> Dieser Index ist ein Teilindex des sog. „Preisindex des Sozialprodukts“, der die Verteuerung bzw. Verbilligung der gesamten inländischen Produktionsleistung mißt. Vgl. H. Bartels, Preisindices in der Sozialproduktsberechnung, Wirtschaft und Statistik, Heft 1, 1963, S. 15.

Bau- und Ausrüstungsinvestitionen zusammensetzt, sondern daß er auch einen „Preisindex für den Verbrauch von Staatsleistungen“ (Staatsverbrauch) umfaßt. Da es keine Preise für die vom Staat erbrachten Leistungen gibt, muß dieser Preisindex gemäß denjenigen Preisen konstruiert werden, die der Staat seinerseits beim Kauf derjenigen Waren und Leistungen zu entrichten hat, die für die Bereitstellung der Staatsleistungen (innere und äußere Sicherheit, Rechtsschutz, Erziehungswesen usw.) notwendig sind. Hierzu zählen neben den Preisen für den sachlichen Verwaltungsaufwand vor allem die Löhne und Gehälter für die staatlichen Bediensteten. Infolge der Einbeziehung eines reinen Einkommenselementes — das sich notwendigerweise mehr verteuert als die Waren — weist der Preisindex für den Staatsverbrauch eine weit stärkere Steigerung auf — 4,3 vH pro Jahr von 1950 ab gerechnet — als die Indices für die meisten anderen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts<sup>1)</sup>. Es dürfte aber auf der Hand liegen, daß eine derartige hypothetische Preissteigerung nicht in die Beurteilung der Geldwertveränderung einbezogen werden sollte, da sie für die Privaten — zumindest unmittelbar — nicht von Belang ist.

13. Der Nutzen des „Preisindex aller in die inländische Verwendung eingehenden Waren und Leistungen“ ist für die Messung der Geldwertveränderung aber auch dadurch eingeengt, daß der Index sehr stark von der Entwicklung der *Investitionsgüterpreise*, darunter auch der Baupreise, mitbestimmt wird. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Preise für den einzelnen Unternehmer oder Bauherrn von erheblicher Bedeutung sein können. Für einen Sparer, der ausschließlich spart, um aus den Ersparnissen einmal den Erwerb eines Investitionsgutes (eines Hauses oder eines anderen Investitionsgutes) finanzieren zu können, mag ein solcher Preisindex vielleicht sogar die subjektive Vorstellung von der Geldwertveränderung besser treffen als irgendein anderer Preisindex. Vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus aber sind Investitionsgüter letzten Endes nur „Vorprodukte“, die sich im Maße ihrer produktionsbedingten Abnutzung in einer mehr oder weniger langen Zeitspanne in Konsumgüter umsetzen. Die Preisentwicklung der Investitionsgüter ist daher unter dem Gesichtspunkt der Geldwertmessung letzten Endes nur insoweit von Interesse, als sie die Preise von Konsumgütern, die in den Lebenshaltungskostenindex eingehen — und dazu zählt auch der „Preis“ für die

<sup>1)</sup> Genau genommen wird nicht die volle Lohn- und Gehaltssteigerung für die öffentlichen Bediensteten in die Berechnung einbezogen, sondern nur der Teil, der über eine — hypothetische — Produktivitätssteigerung der Arbeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter von etwa 0,4 vH pro Jahr hinausgeht.

Nutzung von Wohngebäuden (Miete) —, berührt. Es spricht daher viel dafür, daß man sich, wenn man überhaupt eine allgemeine Aussage über die Preisentwicklung für vertretbar hält, auf die Preise des privaten Verbrauchs beschränkt. Dabei führt es statistisch zu fast denselben Ergebnissen, ob man hierfür von dem — umfassenderen — Preisindex für den privaten Verbrauch (der in der Sozialproduktsberechnung enthalten ist) oder vom Preisindex für die Lebenshaltung ausgeht.

14. Weniger noch als die Preisindices für Investitionsgüter und für Bauleistungen vermögen die verschiedenen umfassenderen *Erzeugerpreisindices* etwas zur Beurteilung von Geldwertveränderungen beizutragen, so wichtig diese Indices für die Beurteilung der Preisentwicklung in diesen speziellen Bereichen auch sind. Bei den Erzeugerpreisindices handelt es sich jeweils um Meßzahlen, die die Preise auf allen Produktionsstufen eines Wirtschaftszweigs erfassen und nicht ausschließlich auf der Endstufe, auf der die Produkte die Industrie oder die Landwirtschaft verlassen. Der Erzeugerpreisindex industrieller Produkte umfaßt sowohl die Preise der Rohstoffe und Halbwaren als auch die Preise der Fertigwaren, die aus diesen Rohstoffen und Halbwaren erzeugt werden. Auch bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen sind sowohl die Preise von Vorprodukten (nämlich Preise für Futtermittel) enthalten als auch Endproduktpreise (pflanzliche und tierische Nahrungsmittel). Diese Preisindices spiegeln damit zwar die durchschnittliche Veränderung aller Produktpreise wider und zeigen damit insbesondere, wie sich die Erlöse je Produkteinheit verändert haben; sie erlauben auch ein Urteil, wie sich diese Veränderung der Preise zu der der Produktionskosten verhält. Die Erzeugerpreisindices lassen aber keinen Schluß darüber zu, in welchem Umfang diese Preisveränderungen zu Kaufkraftveränderungen bei den letzten Käufern dieser Produkte geführt haben, denn diese Produkte werden überwiegend von Unternehmen erworben, die sie weiterverarbeiten oder im Handel weiterveräußern. Von einer Änderung des *Geldwertes vom Standpunkt der Unternehmen* aber wird man jedenfalls nicht schon dann sprechen können, wenn sich die Kosten für die von den Unternehmen bezogenen Vorprodukte ändern, sondern nur, wenn sich diejenigen Preise ändern, die für die Verwendung des Einkommens der Unternehmer (für ihren Verbrauch oder für ihre Vermögensbildung) von Bedeutung sind, und das sind zu einem guten Teil ebenfalls die Preise für Güter des privaten Verbrauchs.

15. Der gebräuchlichste Index für die Messung der Preisentwicklung im Bereich des privaten Verbrauchs

ist, wie oben angedeutet, der Preisindex für die Lebenshaltung, obgleich dieser Index nur für eine bestimmte Gruppe von Haushalten berechnet wird, nämlich für einen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt (darunter zwei Kinder) mit einem Verdiener und einem bestimmten mittleren Einkommen (1962 Verbrauchsausgaben von 750 DM im Monat). Streng genommen gilt dieser Index nur für diesen Haushaltstyp; wird er darüber hinaus als repräsentativ für die Preisentwicklung aller Haushalte angesehen, so müssen dabei die Grenzen seines Aussagewertes noch mehr beachtet werden, als dies an sich auch bei Beschränkung auf den erwähnten Haushaltstyp notwendig ist. Die Bundesbank hat sich hierzu einmal ausführlich geäußert, so daß wegen Einzelheiten hierauf verwiesen werden kann<sup>1)</sup>. Obgleich dieser Index für die letzten Jahre inzwischen auf eine zeitnähere Basis (1962) gestellt und dabei eine Reihe von wichtigen Produkten neu in den Index aufgenommen wurde, gelten die damals gemachten Einwände im Prinzip auch heute noch.

Aufgrund früherer (und zum Teil auch jetzt noch fortgeführter) Berechnungen des Statistischen Bundesamts ist bekannt, daß die Preise für Haushalte mit einem höheren Einkommen im Schnitt nicht ganz so stark gestiegen sind wie die Preise der „mittleren“ Arbeitnehmerhaushalte. Vergleichbare Berechnungen hierüber liegen allerdings nur für die Jahre 1950 bis 1960 vor. In dieser Zeit ist der Index für die „mittlere“ Verbrauchergruppe um 23 vH, der der „gehobenen“ Verbrauchergruppe aber nur um 21 vH gestiegen. Die jährliche Preissteigerung war also bei der gehobenen Verbrauchergruppe in dieser Zeit um 0,2 vH geringer als bei der üblicherweise für die Beurteilung der Lebenshaltungskosten herangezogenen „mittleren“ Verbrauchergruppe. Andererseits ist der für Haushalte mit einem niedrigeren Einkommen berechnete Preisindex in der Vergangenheit durchweg etwas stärker als der für die „mittleren“ Arbeitnehmerhaushalte berechnete Index gestiegen. Er erhöhte sich von 1950 bis 1964 um insgesamt 40 vH gegenüber einer Steigerung des Index für die „mittleren“ Arbeitnehmerhaushalte um 34 vH. Auf Jahresdurchschnitte umgerechnet, betrug die Steigerung des Preisindex für die „Rentnerhaushalte“ 2,4 vH im Gegensatz zu den erwähnten 2,1 vH für die „mittleren“ Arbeitnehmerhaushalte<sup>2)</sup> (vgl. Tabelle 3).

<sup>1)</sup> Die Entwicklung der Verbraucherpreise seit der Währungsreform. In: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, 15. Jg., Nr. 12, Dezember 1963, S. 18 ff.

<sup>2)</sup> Dabei ist außer acht gelassen, daß ein Index der „unteren“ Verbrauchergruppe erst im Verlauf dieser Periode (1957) auf einen typischen Rentnerhaushalt (mit zwei Personen) umgestellt wurde; vordem war er ein Index für eine „untere“ Verbrauchergruppe (4-Personen-Arbeitnehmer- oder Rentnerhaushalte mit einem niedrigen Einkommen).

Tab. 3: Preisindex für die Lebenshaltung für verschiedene Verbrauchergruppen  
1950 = 100

Zeit	Verkettete Indices		Indices auf Originalbasis 1950	
	Untere Verbrauchergruppe <sup>1)</sup>	Mittlere Verbrauchergruppe <sup>2)</sup>	Mittlere Verbrauchergruppe <sup>3)</sup>	Gehobene Verbrauchergruppe <sup>4)</sup>
1950	100	100	100	100
1951	108	107,8	107,8	108
1952	111	110,0	110,0	110
1953	110	108,1	108,1	107
1954	111	108,2	108,2	107
1955	113	110,0	110,0	109
1956	116	112,9	112,9	111
1957	119	115,2	115,5	114
1958	121	117,7	119,0	117
1959	123	118,8	120,7	119
1960	124	120,5	123,0	121
1961	128	123,2	.	.
1962	132	126,9	.	.
1963	137	130,7	.	.
1964	140	133,8	.	.
Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH <sup>5)</sup>				
1950 — 1955	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
1955 — 1960	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,1
1960 — 1964	+ 3,1	+ 2,7	.	.
1950 — 1964	+ 2,4	+ 2,1	.	.
1950 — 1960	.	.	+ 2,1	+ 1,9

<sup>1)</sup> 2-Personen-Rentner- und Ffirsorgeempfänger-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von DM 310,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962, für die Zeit von 1957 bis 1960 mit Lebenshaltungsausgaben von DM 260,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958, für die Zeit davor 4-Personen-Rentner- oder Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von DM 175,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950. Eine Verkettung des Index für die Zeit von 1950 bis 1956 mit dem für die Jahre 1957 bis 1960 und 1961 bis 1964 ist wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung des Indexhaushalts in der Zeit bis und ab 1957 zwar methodisch nicht unbedenklich, sie wurde aber hier vorgenommen, weil sich beim Vergleich des Verlaufs des Index für den 2-Personen-Rentner- und Ffirsorgeempfängerhaushalt mit dem Verlauf des Index für die „mittlere“ Verbrauchergruppe die gleichen Unterschiede ergeben, die für die Entwicklung der Indices für die „untere“ und „mittlere“ Verbrauchergruppe in der Zeit vor 1957 typisch waren. — <sup>2)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von DM 750,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962, für die Zeit von 1957 bis 1960 mit Lebenshaltungsausgaben von DM 570,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958, für die Zeit davor mit Lebenshaltungsausgaben von DM 300,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950. — <sup>3)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von DM 300,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950. — <sup>4)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von DM 525,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950. — <sup>5)</sup> Errechnet als geometrisches Mittel.

Genauere Studien über die Zusammensetzung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik nach Anzahl der Familienmitglieder und deren gesamtem Einkommen zeigen, daß die überwiegende Zahl der privaten Haushalte weder der „unteren“ noch der „mittleren“ Verbrauchergruppe zuzurechnen ist. Die größere Zahl der Arbeitnehmerhaushalte weist entweder eine geringere Zahl von Personen auf als die „Indexfamilie“ der „mittleren“ Verbrauchergruppe oder die Familie zählt zwar vier oder mehr Personen, verfügt dann aber häufig über mehr als einen Verdiener und deshalb auch über ein höheres Haushaltseinkommen. In den meisten Arbeitnehmerhaushalten ist jedenfalls das verfügbare

Pro-Kopf-Einkommen höher als bei den „mittleren“ Arbeitnehmerhaushalten<sup>1)</sup>. Das aber bedeutet, daß für die große Masse der Haushalte eher die Preisentwicklung der oben erwähnten „gehobenen“ Verbrauchergruppe repräsentativ ist, deren Preise sich, zumindest bis 1960, etwas weniger erhöht haben. Der geringere Preisanstieg hängt vor allem damit zusammen, daß bei einer „gehobenen“ Verbrauchsstruktur Waren mit überproportional gestiegenen Preisen (insbesondere Lebensmittel) eine geringere Rolle spielten als bei den Haushalten mit einem niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen. (Die unterschiedliche Preistendenz einzelner Warengruppen ist aus Anlage 3 ersichtlich.)

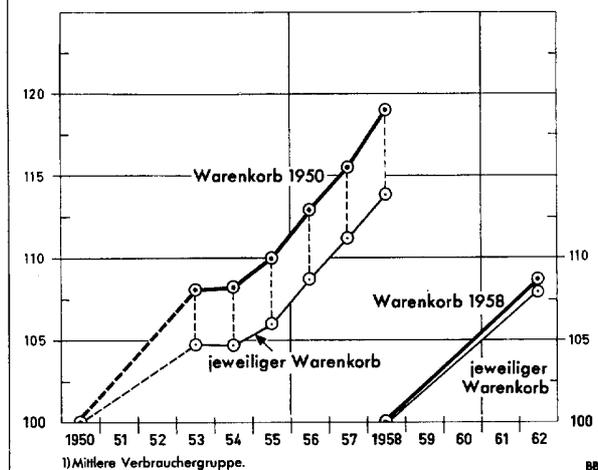
16. Eine weitere Einschränkung des Aussagewertes des Preisindex für die Lebenshaltung liegt darin, daß mit dem wachsenden Abstand vom Basisjahr der Indexberechnung die statistischen Mängel an Bedeutung gewinnen, die sich aus dem starren „Warenkorb“ ergeben. Aus dem nebenstehenden Schaubild ist ersichtlich, daß sich der Preisindex mit einem konstanten Warenkorb, wie er für den offiziellen Index Verwendung findet, merklich stärker erhöht als ein Index, der nach den im jeweiligen Jahre gültigen Verbrauchsverhältnissen erstellt wird. Die Unterschiede waren hier allerdings in den ersten Jahren nach 1950 wesentlich größer als später. Für die Periode von 1950 bis 1958 ist jedenfalls der Index mit dem konstanten Warenkorb *um rd. 0,6 vH pro Jahr* mehr gestiegen als der Index, der gemäß den jeweiligen Verbrauchsverhältnissen berechnet wurde. Für die Zeit von 1958 bis 1962 betrug der Unterschied in der Steigerungsrate allerdings nur *0,2 vH pro Jahr*. Was für die seit 1962 (dem Jahr der letzten Umberechnung) verstrichene Zeit für Mängel dieser Art anzusetzen ist, entzieht sich unserer Kenntnis; zweifellos aber liegen sie in der gleichen Richtung wie früher. Durch den Übergang zu einem neuen Indexschema (Basis 1958 und dann Basis 1962) wurden zwar die Mängel, die sich aus der Beibehaltung eines konstanten Warenkorbes ergeben, eingeeengt, jedoch nicht beseitigt. Die durchlaufende Indexreihe von 1950 bis zur Gegenwart enthält vielmehr weiterhin die Überbetonung des Preisanstiegs, die sich daraus ergab, daß zunächst von 1950 bis 1956<sup>2)</sup>, dann wieder von 1957 bis 1960<sup>2)</sup> und schließlich seit 1961<sup>2)</sup> der Warenkorb, der für die Gewichtung der einzelnen Preise ausschlaggebend ist, konstant gehalten wurde.

17. Sowohl die Wahl des Haushaltstyps (Ziffer 15) als auch die zeitweilige Konstanz des Warenkorbes

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu unseren Aufsatz über die Entwicklung der Verbraucherpreise seit der Währungsreform, a. a. O., S. 19.

<sup>2)</sup> Der neue Warenkorb wurde bereits in dem jeweils vor dem neuen Basisjahr liegenden Jahr zugrundegelegt.

Der Einfluß unterschiedlicher Warenkörbe auf den Preisindex für die Lebenshaltung<sup>1)</sup>  
1950 bzw. 1958=100



(Ziffer 16) führten bisher zu einer gewissen Übertreibung des Preisanstiegs. Hinzu kommt, daß es statistisch sehr schwierig ist, *Qualitätsveränderungen* im Index gebührend zu berücksichtigen. Vielfach gehen Preissteigerungen als solche in den Index ein, obgleich sie ganz oder teilweise mit Qualitätsverbesserungen verbunden sind und insofern um das Ausmaß dieser Verbesserung korrigiert werden müßten. Auch wird im Index kaum der Tatsache Rechnung getragen, daß sich die Qualität eines Produkts (insbesondere Gebrauchsgüter technischer Art) verbessert, der Preis des Produkts aber der gleiche bleibt, obgleich dies nicht mehr der Preis eines Produkts gleicher Güte ist. Natürlich gibt es über die Länge der Zeit bei einzelnen Produkten auch Qualitätsminderungen, die in den Preisen nicht zum Ausdruck kommen. Die amtliche Statistik versucht zwar, Qualitätsveränderungen soweit wie möglich zu quantifizieren und Verzeichnungen der Preisentwicklung dadurch zu vermeiden, doch besteht allgemein die Überzeugung, daß die Fälle der nicht ausgeschalteten Qualitätsverbesserungen die der nicht erfaßten Qualitätsminderungen übertreffen<sup>3)</sup>.

18. Wie groß alle hier erwähnten „Übertreibungen“ des Preisanstiegs zusammen zu veranschlagen sind, läßt sich nicht exakt angeben. Der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, der sich auch mit diesen Fragen auseinandersetzt, kommt zu dem Ergebnis:

„Im großen und ganzen sind wir bei der Untersuchung des Preisindex für die Lebenshaltung und seiner Berechnungsgrundlagen zu dem Ergebnis gekommen, daß man ihn ohne schwerwiegende Bedenken als konventionellen Maßstab für die Geldwert-

<sup>3)</sup> Vgl. Horstmann u. a., Qualitätsänderungen und Preisindizes, *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10, 1963, S. 594.

entwicklung in der Bundesrepublik akzeptieren kann. Gelänge es, diesen Preisindex für eine mittlere Verbrauchergruppe — bei einer Revision des Wägungsschemas im Abstand von etwa drei bis vier Jahren — auch nur annähernd konstant zu halten, könnte das im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates niedergelegte Ziel der Stabilität des Preisniveaus als erreicht angesehen werden“ (Sperrung von uns)<sup>1)</sup>.

Die Einschränkung „auch nur annähernd“ bezieht sich, wie aus dem Zusammenhang zu entnehmen ist, in erster Linie auf die statistisch bedingte Überhöhung des Index; eine Zahlenangabe für diesen Tatbestand wird jedoch nicht gemacht. Andere Forscher setzten sich besonders stark mit dem Problem der Qualitätsänderung auseinander. So verweist R. Ruggles, ein bekannter amerikanischer Statistiker, darauf, daß ein Verbraucher, der im Jahre 1960 vor die Wahl gestellt würde, das für ihn typische Warensortiment entweder in der Qualität *und* zu den Preisen des Jahres 1950 oder in der Qualität des Jahres 1960, aber auch zu den (höheren) Preisen des gleichen Jahres zu kaufen, wahrscheinlich letzteres bevorzugen würde. Wäre das der Fall, so wäre nach Ruggles der Beweis erbracht, daß die Qualitätsverbesserungen ihrem Wert nach höher eingeschätzt würden als die Preissteigerungen<sup>2)</sup>.

19. Vorbehalte gegenüber dem Aussagewert des Preisindex für die Lebenshaltung sind aber vor allem dann am Platze, wenn im Verlauf eines Beobachtungszeitraums der Anteil der Waren und Leistungen, die *mit freien Preisen* und *ohne jede staatliche Regelung* angeboten werden, auf Kosten der durch staatliche Maßnahmen (auch Bewirtschaftungsmaßnahmen) regulierten Preise steigt. In Ziffer 3 wurde hierauf bereits grundsätzlich eingegangen. Die Befreiung von Preisbindungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen hat im Laufe der letzten fünfzehn Jahre eine wichtige Rolle gespielt. Die Folge war, daß die Preise der im Jahre 1950 noch gebundenen Waren und Leistungen — im wesentlichen Nahrungsmittel, Preise der öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, Wohnungsmieten, Kohle — im Zuge der Freigabe beträchtlich stärker gestiegen sind als die Preise der gewerblichen Waren, die bereits 1948/49 freigegeben worden waren und sich schon damals auf einem neuen Niveau, mehr oder weniger fast noch einmal so hoch wie vor dem Kriege, eingependelt hatten. Selbst die Preise der privaten Dienstleistungen, die sich in einer wesentlich ungünstigeren Kostensituation befinden als die gewerblichen Waren, haben sich zum Teil weniger erhöht. Aus Tabelle 4 ist ersichtlich, daß sich die Preise für die Wohnungsnutzung (Mieten und

Tab. 4: Einfluß staatlich regulierter Preise auf den Preisindex für die Lebenshaltung<sup>1)</sup>

1950 = 100

Zeit	Lebenshaltung insgesamt	Wohnung	Öffentliche Verkehrsmittel, Post, Heizung und Beleuchtung	Lebenshaltung ohne Wohnung	Lebenshaltung ohne Wohnung, Öffentliche Verkehrsmittel, Post, Heizung und Beleuchtung	Lebenshaltung ohne Wohnung, Öffentliche Verkehrsmittel, Post, Heizung und Getreiderzeugnisse
1950	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1951	107,8	101,8	109,1	108,5	108,4	106,6
1952	110,0	103,7	117,2	110,8	110,2	108,1
1953	108,1	106,9	120,3	108,2	107,2	104,2
1954	108,2	107,1	125,2	108,4	106,9	103,8
1955	110,0	110,3	127,6	110,0	108,4	105,1
1956	112,9	117,4	128,9	112,4	110,9	107,7
1957	115,2	119,1	132,2	114,9	113,2	109,8
1958	117,7	121,1	141,5	117,4	115,2	111,2
1959	118,8	123,9	143,5	118,5	116,1	112,2
1960	120,5	131,6	145,5	119,5	117,1	113,1
1961	123,2	143,0	149,4	121,4	118,9	114,6
1962	126,9	147,7	151,8	125,0	122,6	118,0
1963	130,7	156,3	159,6	128,4	125,6	120,7
1964	133,8	166,0	161,9	130,8	128,0	123,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH <sup>2)</sup>						
1950 — 1955	+ 1,9	+ 2,0	+ 5,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,0
1955 — 1960	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
1960 — 1964	+ 2,7	+ 6,0	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,9
1950 — 1964	+ 2,1	+ 3,7	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5

<sup>1)</sup> Mittlere Verbrauchergruppe. — <sup>2)</sup> Errechnet als geometrisches Mittel.

Nebenleistungen) von 1950 bis 1964 um 66 vH erhöhten, die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel, der Post und die Preise für Heizung und Beleuchtung (Strom, Gas, Kohle) im Durchschnitt um 62 vH, während alle übrigen Preise in dieser Zeit um 28 vH stiegen. Rechnet man außerdem die Preise der Getreideerzeugnisse zu den Produkten mit im Jahre 1950 gebundenen Preisen (obgleich Getreideerzeugnisse nur zum Teil auf der Konsumentenstufe preisgebunden waren, die Preisbindung jedoch auf alle Fälle auf der vorangehenden Großhandels- oder Erzeugerstufe gegeben war), so macht die Steigerung bei den übrigen, schon im Jahre 1950 freigegebenen Preisen nur 23 vH oder rd. 1,5 vH pro Jahr aus.

Es soll nun nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die oben genannten, im Jahre 1950 (und zum Teil auch 1964) gebundenen Preise nicht mehr weiter gestiegen wären, wenn sie 1950 bereits freigegeben worden wären. Möglicherweise hätten sie sich auch unter diesen Umständen stärker als die übrigen Preise erhöht, aber keinesfalls so stark wie es geschehen ist. Im

<sup>1)</sup> Jahresgutachten 1964/65, Stabiles Geld — Stetiges Wachstum, Stuttgart und Mainz, 1965, Ziff. 149, S. 84.

<sup>2)</sup> R. Ruggles, Preisstabilität und Wirtschaftswachstum in den USA, deutsch in „Konjunkturpolitik“, 8. Jg., 1962, S. 141.

übrigen ist zu bedenken, daß sich die schon von Anfang an freien Preise möglicherweise weniger erhöht hätten, wenn die Konsumenten infolge höherer Ausgaben für die Grundbedürfnisse (Wohnung, Heizung, Nahrung) weniger Einkommensteile dem gehobenen Bedarf hätten zuwenden können. Die *Indexsteigerung enthält* wegen der nachträglichen Preisfreigaben oder Preis-*anpassungen* weiterhin gebundener Preise *auf alle Fälle Elemente, die nicht mit einer Geldwertverschlechterung gleichgesetzt werden können*. Tatsächlich ist der Prozeß der Preisfreigabe auf den Indexverlauf *in den einzelnen Jahren von sehr unterschiedlicher Bedeutung* gewesen. Die Freigabe bzw. Anhebung der Preise für Getreideerzeugnisse erfolgte hauptsächlich in den ersten Jahren des hier betrachteten Zeitraums. Auch die Anpassung der öffentlichen Tarife für Verkehrsmittel spielte bereits in diesen Jahren eine Rolle. Die Freigabe der Mieten (und die Anhebung der noch nicht freigegebenen Mieten) erfolgte dagegen hauptsächlich erst in den letzten fünf Jahren. Nach Jahrfünften gegliedert (der Zeitraum 1960 bis 1964 umfaßt allerdings nur vier Jahre), läßt sich der Gesamteffekt etwa wie folgt schildern:

	Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH	
	Lebenshaltung gesamt	Lebenshaltung ohne Wohnung, öffentl. Verkehrsmittel, Post, Heizung und Beleuchtung, Getreideerzeugnisse
1950 bis 1955	+ 1,9	+ 1,0
1955 bis 1960	+ 1,8	+ 1,5
1960 bis 1964	+ 2,7	+ 1,9

Im *ersten Jahrfünft* weist die Lebenshaltung ohne die staatlich beeinflussten Preise (im Sinne der obigen Abgrenzung) eine *jährliche Verteuerungsrate um 1,0 vH* auf. Im *zweiten Jahrfünft* beträgt die Preissteigerungsrate für die Güter mit freier Preisbildung 1,5 vH und in den Jahren 1960 bis 1964 1,9 vH.

20. Alle vorstehend geschilderten Einschränkungen, die gegenüber dem Aussagewert des Preisindex für die Lebenshaltung zu machen sind, weisen darauf hin, daß es eine Illusion ist zu glauben, der Index wäre in der Lage, die Veränderung der Verbraucherpreise in einer für *alle* Verbraucher gültigen Weise über einen *längeren* Zeitraum hinweg exakt zu messen. Im allgemeinen wird es noch nicht als Geldwertminderung zu werten sein, wenn der Preisindex für die Lebenshaltung der „mittleren“ Verbrauchergruppe um vielleicht 1 vH pro Jahr steigt, und nur mit Einschränkungen kann es als Indiz für Geldwertverschlechterung gelten, wenn der Index sich zwischen 1 und 2 vH im Jahr erhöht. Jenseits

dieser Grenzen freilich — und sie sind gegenwärtig überschritten, denn der Preisindex für die Lebenshaltung der „mittleren“ Verbrauchergruppe liegt zur Zeit 3,1 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand — ist eindeutig eine Verringerung der Kaufkraft des Geldes auf der Verbraucherebene festzustellen. Allerdings wird man auch eine solche Kaufkraftverringerung unterschiedlich beurteilen müssen je nachdem, ob es sich um eine kurzfristige konjunkturelle oder auf exogenen Faktoren (z. B. einer Mißernte) beruhende Erscheinung handelt, oder aber ob eine lang andauernde Entwicklung vorliegt.

21. In den bisherigen Darlegungen wurde die Frage außer Betracht gelassen, ob eine befriedigende Aussage über Preissteigerungen und eine dadurch bewirkte Geldwertminderung möglich ist, ohne daß gleichzeitig die *Entwicklung der Einkommen* in die Überlegungen miteinbezogen wird. Es ist unbestritten, daß zwischen der Preis- und der Einkommensentwicklung eine sehr enge gegenseitige Abhängigkeit derart besteht, daß bei Preissteigerungen nicht nur der Anstieg des Geldeinkommens in seinem Realwert gemindert wird, sondern daß andererseits auch die Einkommensentwicklung selbst einen starken selbständigen Einfluß auf die Preise auszuüben vermag. Der Rahmen der hier zu beantwortenden Fragen würde zweifellos gesprengt, wenn auf diese Zusammenhänge näher eingegangen würde. Einige in diesem Zusammenhang wichtige Fakten sollen aber doch nicht unerwähnt bleiben.

Setzt man die Stundenlöhne der Industriearbeiter im Jahre 1950 gleich 100, so haben sie sich bis 1964 auf 300 erhöht; m. a. W. sie haben sich verdreifacht. Die Zunahme der übrigen individuellen Einkommen wich hiervon in der Regel nicht sehr stark ab. Freilich handelt es sich dabei nur um die Zunahme der *Nominal*einkommen, die zwar eine der Vorbedingungen dafür war, daß das „Preisniveau“ wie oben geschildert im Beobachtungszeitraum nicht voll „stabil“ blieb, aber von der Preissteigerung nicht entfernt aufgezehrt wurde, sondern mit einer gewaltigen Steigerung des Realeinkommens der breiten Masse (und natürlich auch der Unternehmer) einherging. Die Entwicklung des Realwerts der Verdienste zu berechnen, ist für einen längeren Zeitraum statistisch naturgemäß ebenso problematisch wie die Messung der Geldwertentwicklung, denn sie ist nur unter Verwendung eines der gebräuchlichen Preisindices möglich. Unter der Annahme, daß die hierfür maßgebliche Preisentwicklung vom Preisindex für die Lebenshaltung richtig wiedergegeben wird (eine Hypothese, die sich nur innerhalb der oben beschriebenen Grenzen vertreten läßt), ist der Realwert

der Bruttostundenverdienste der Industriearbeitskräfte von 100 im Jahre 1950 auf 224 im Jahre 1964 gestiegen.

Mit der starken Ausweitung des Nominaleinkommens der breiten Masse sind aber gleichzeitig auch die Möglichkeiten zur Bildung von *Geldersparnissen* gewachsen, zumal die Sparer — jedenfalls während ihres aktiven Arbeitslebens — mit den Beziehern dieses Nominaleinkommens weitgehend identisch sind. Daß die vergrößerte Sparfähigkeit, die mit der Entwicklung der Nominal- wie der Realeinkommen verbunden ist, im Durchschnitt auch durchaus zu verstärktem Sparen genutzt worden ist, zeigt die im Vergleich zum Einkommen überproportionale Zunahme der Ersparnis in der Bundesrepublik, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht.

Tab. 5: *Einkommen<sup>1)</sup>, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte*

Jahr	Verfügbares Einkommen	Ersparnis	Sparquote 2 in vH von 1
	1	2	3
	in Mrd DM		
1950	65,5	2,1	3,2
1951	76,1	2,4	3,1
1952	86,2	4,4	5,1
1953	95,1	5,5	5,8
1954	101,9	6,7	6,6
1955	113,2	7,0	6,2
1956	124,7	7,0	5,6
1957	139,3	11,1	8,0
1958	150,4	12,7	8,4
1959	160,6	14,1	8,8
1960	185,4	15,4	8,3
1961	204,1	17,4	8,5
1962	223,0	19,0	8,5
1963	238,0	22,8	9,6
1964	260,6	28,2	10,8

<sup>1)</sup> Die Einkommen der privaten Haushalte enthalten nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern auch die Privatentnahmen der Selbständigen und die Einkommen der Rentner. Es ist unzweifelhaft, daß alle Arten dieses Einkommens, wenn auch in unterschiedlichem Grade, an der Zunahme der Ersparnisbildung teilhatten.

Der Hinweis auf die Bedeutung der Zunahme der Geldeinkommen für die Ersparnisbildung besagt nun freilich nicht, daß „Geldwertminderung“ und einkommensbedingte Mehrersparnis im Einzelfall gleichsam gegeneinander „aufgerechnet“ werden könnten. Er macht aber doch deutlich, daß zwischen beiden Größen Zusammenhänge bestehen. Wäre das Preisniveau völlig stabil geblieben (was nur unter der Voraussetzung zu erwarten gewesen wäre, daß die Nominaleinkommen nicht stärker als das *reale* Sozialprodukt gestiegen wären), so würde bei Unterstellung derselben Sparquote der privaten Haushalte, wie sie sich tatsächlich ergeben hatte (vgl. vorstehende Tabelle), die gesamte Ersparnisbildung der privaten Haushalte in den Jahren seit 1950 nominell um etwa ein Viertel kleiner gewesen

sein, als sie in Wirklichkeit war. Praktisch bedeutet das, daß die *Summe aller* privaten Geldersparnisse trotz der Preissteigerungen kaum einen realen Wertverlust erlitten hat, denn die tatsächliche Ersparnis ist eben nach dieser — keineswegs unrealistischen — Annahme etwa um ebensoviel stärker gestiegen, als es dem Anstieg des privaten Preisniveaus entsprach. Natürlich kann niemand wissen, ob die Sparquote der privaten Haushalte bei völlig stabilem Preisniveau tatsächlich nur die gleiche geblieben und nicht etwa höher gewesen wäre. Einiges spricht aber dafür, daß sie kaum größer gewesen wäre, zumal die Sparneigung gerade in den letzten Jahren trotz der Preissteigerungen ständig stärker als die Einkommen zugenommen und heute, gemessen an den Verhältnissen in anderen Ländern, mit ca. 11 vH der privaten verfügbaren Einkommen einen recht beachtlichen Wert erreicht hat. Im übrigen hat der starke Anstieg der Ersparnis der privaten Haushalte im Verlauf der letzten anderthalb Jahrzehnte entscheidend zur Umstrukturierung der Vermögensbildung beigetragen, indem sich der Anteil der privaten Haushalte (ohne Vermögensübertragungen) an der jährlichen gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung von 17 vH im Jahre 1950 auf 39 vH im Jahre 1964 erhöht, der Anteil der Ersparnis der Unternehmen (der „nichtentnommenen Gewinne“) dagegen von 39 vH auf 20 vH der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis abgenommen hat.

#### IV. Die weiteren Aussichten der Preisentwicklung

22. Bei der Beantwortung der Frage nach der *weiteren Geldwertentwicklung* und damit im wesentlichen nach der weiteren Preisentwicklung liegt die Versuchung nahe, die Entwicklungstendenz der letzten vierzehn Jahre einfach zu verlängern und dabei den allerletzten Jahren, in denen die Preissteigerungen ausgeprägter waren als zuvor, besondere Bedeutung beizumessen. Hierfür besteht aber, wenn die längerfristigen Aussichten der Preisentwicklung beurteilt werden sollen, im Grunde keine Berechtigung, jedenfalls dann nicht, wenn man die Entwicklung in den letzten zehn oder auch fünfzehn Jahren nicht isoliert, sondern in historischem Zusammenhang sieht.

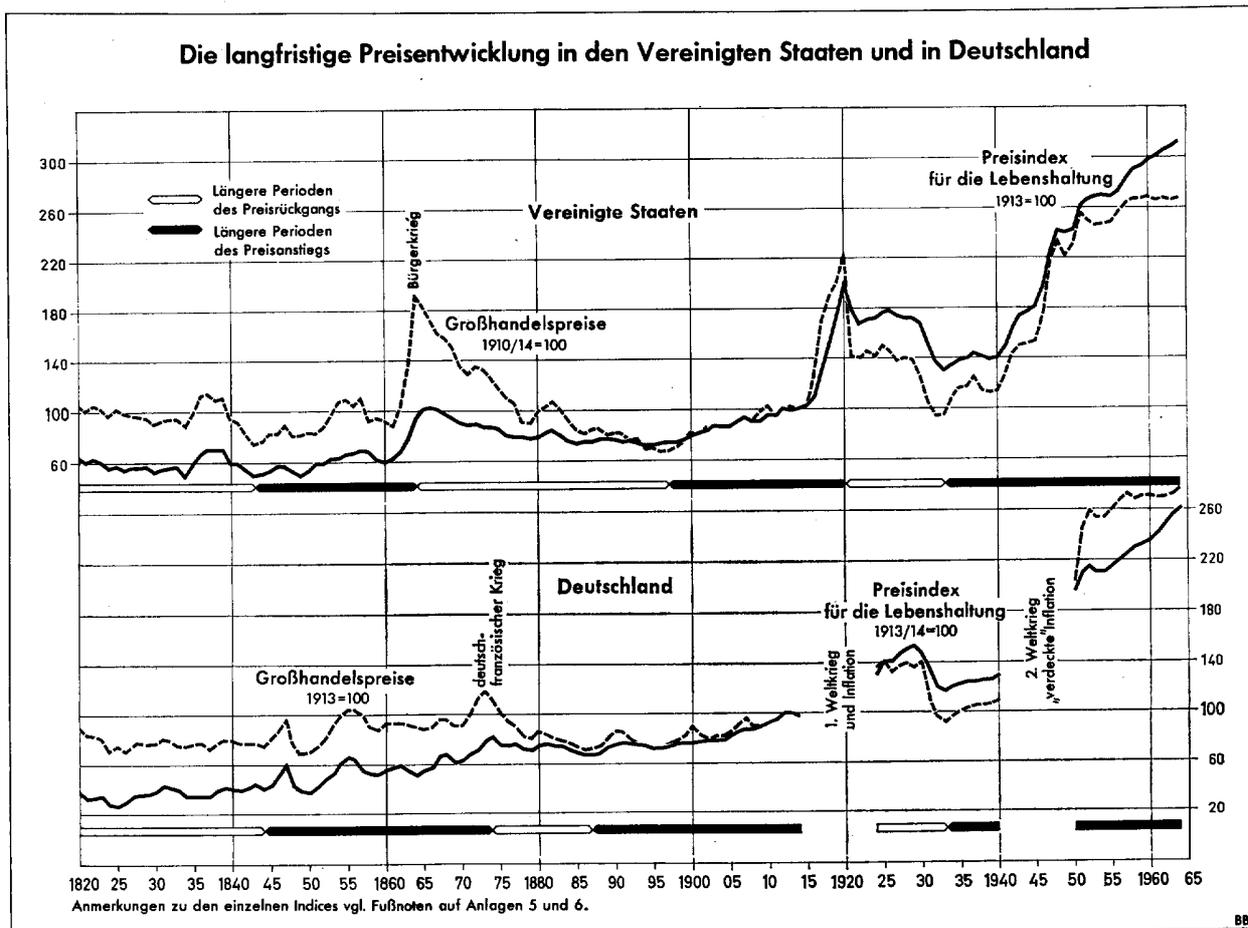
23. Die Preise haben sich nämlich in der Wirtschaftsgeschichte als überaus beweglich erwiesen. Ganz abgesehen von den kürzerfristigen Schwankungen, wie sie mit den einzelnen Konjunkturzyklen verbunden waren, lassen sich über größere Zeiträume mehr oder weniger *lange Wellen der Preisbewegung* beobachten. In dem nachstehenden Schaubild sowie in den Anlagen 5 und 6 sind die Indices der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten für die Vereinigten Staaten und Deutschland für die Zeit ab 1820, also

nach dem Ende der Napoleonischen Kriege und dem ersten Abbau des dadurch überhöhten Preisstandes, bis zur Gegenwart wiedergegeben. Die langfristige Bewegung der Großhandelspreise in den USA und in Deutschland (ähnliches gilt auch für England<sup>1)</sup>) ist dadurch charakterisiert, daß die Preise (nach einem Höchststand am Ende der Napoleonischen Kriege 1814/15 im Falle der Vereinigten Staaten einen neuen Höchststand während des amerikanischen Bürgerkrieges (1864) und in Deutschland nach dem deutsch-französischen Krieg (1873) erreichten. Ein erneuter Höchststand wurde dann im bzw. nach dem ersten Weltkrieg erzielt. Unmittelbar vorher — 1913/14 — war der Preisstand in beiden Ländern ungefähr derselbe wie knapp 100 Jahre zuvor (1820). Zwischen den Höchstständen lag jeweils eine längere Periode zunächst sinkender und dann wieder langsam steigender Preise. Einen ersten Tiefstand hatten die Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten und in Deutschland um 1843/44 erreicht, d. h. rund 30 Jahre nach dem vorangegangenen Maximum. Darauf folgte in den USA eine gut 20 Jahre

und in Deutschland eine knapp 30 Jahre dauernde Periode steigender Preise (mit stärkeren Schwankungen innerhalb dieser Zeit). Daran schloß sich wieder eine längere Periode mit sinkendem Preistrend an (in den USA gut 30 Jahre, in Deutschland etwa 15 Jahre), die dann erneut einem Zeitabschnitt mit steigendem Preistrend wich, der seinen Höhepunkt in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg (bzw. in Deutschland in der „großen“ Inflation) fand. Die darauffolgende Periode der Preisrückgänge war kürzer als früher. Sie dauerte in den USA 13 Jahre, in Deutschland — dessen Preisentwicklung wegen der „großen“ Inflation aus dem internationalen Rhythmus etwas herausfiel — zehn Jahre.

24. Die Preisindexziffern, die den Berechnungen über die Großhandelspreise zugrunde liegen, sind allerdings in ihrem Aussagewert zweifellos weit schwächer als solche für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Sie beziehen sich in der Regel nur auf besonders wichtige landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe; sie sind also keineswegs repräsentativ für die Entwicklung des gesamten Preisniveaus in einem Land, wohl aber geben sie sicherlich die Preistendenz richtig wieder. Das zeigt sich deutlich, wenn diese Indexziffern mit solchen

<sup>1)</sup> Ein durchgehender Großhandelspreisindex für England ab 1782 ist abgedruckt in: G. F. Warren und F. A. Pearson, Wholesale Prices in the United States, 1797 to 1932, New York, 1932, S. 17.



für die *Lebenshaltungskosten* verglichen werden. Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind aus dem vorstehenden Schaubild ersichtlich. Die Preistendenz ist danach bei Großhandelspreisen und Lebenshaltungskosten dieselbe. Höchstwerte und Tiefstwerte fallen mehr oder weniger in die gleichen Jahre wie bei den Großhandelspreisen. Im Jahre 1913 weist der amerikanische Lebenshaltungskostenindex einen Stand auf, der um rund die Hälfte über dem von 1820 lag; in Deutschland ist dieser Index in der gleichen Periode wesentlich stärker gestiegen<sup>1)</sup>. Seit 1913 hat sich der Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland dagegen schwächer erhöht als in den USA. Er hat sich dabei etwa in dem Maße erhöht wie die Großhandelspreise, während in den USA in dieser Zeit die Preissteigerung auf der Verbraucherstufe größer war als auf der Großhandelsstufe.

25. Historisch gesehen, berechtigt die Tatsache, daß sich die Preise in der Bundesrepublik im Verlauf der letzten vierzehn Jahre erhöht haben, keineswegs zu der Annahme, daß sich der Preisanstieg ad infinitum fortsetzen werde, wenngleich andererseits kaum angenommen (oder auch nur gewünscht) werden kann, daß die durch den zweiten Weltkrieg und seine Nachwirkungen verursachte weltweite Anhebung des Preisspiegels durch eine Depression wie in den dreißiger Jahren wieder rückgängig gemacht wird. Im Lichte der historischen Erfahrung kann aber jedenfalls niemand behaupten, daß einer längeren Periode der Preiserhöhungen nicht wieder eine solche stabiler oder sinkender Preise folgen könne. Allein ein Blick auf die Entwicklung in den Vereinigten Staaten während der letzten sieben Jahre zeigt, daß auch nach dem zweiten Weltkrieg ein jahrzehntelanger Preisanstieg zum Stillstand kommen kann. Die Großhandelspreise sind dort von 1958 bis 1964 stabil geblieben, und die Lebenshaltungskosten haben sich in dieser Zeit um rund 1 vH pro Jahr — also um nicht mehr als vom Standpunkt der Geldwertmessung innerhalb der statistischen Fehlermarge liegt — erhöht. Wenn das in der Bundesrepublik nicht so war, so lag das nicht zuletzt an den tiefgreifenden Unterschieden in der Wirtschaftsentwicklung beider Länder in dieser Zeit, die im einzelnen darzulegen den Rahmen dieser Darstellung sprengen würde. Keine dieser Divergenzen aber ist von solcher Art, daß man ausschließen könnte, die Bundesrepublik könnte in absehbarer Zeit nicht in eine ähnliche Lage kommen, die — wie in den USA — eine weitgehende Stabilität der Preise erlaubt oder erzwingt.

<sup>1)</sup> Über den statistischen Genauigkeitsgrad dieses Index sind keine Aussagen möglich. Da Preisangaben für weit zurückliegende Jahrzehnte sehr spärlich sind, handelt es sich dabei zum Teil um grobe Schätzungen.

26. Ein *wesentlicher Unterschied* der Wirtschaftsentwicklung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik in den letzten sieben Jahren lag darin, daß die Bundesrepublik bis vor kurzem einen Überschuß in der *Zahlungsbilanz* aufgewiesen hatte, die Vereinigten Staaten jedoch ein Defizit. Die Bundesrepublik „importierte“ damit Inflation, d. h. ein Mehr an Nachfrage als an Angebot und ein Mehr an Liquidität als für die nationalen Verhältnisse zuträglich war; für die Vereinigten Staaten galt das Umgekehrte. Heute jedoch weist die Bundesrepublik selbst ein Defizit in der Zahlungsbilanz auf. Es ist nicht auszuschließen, daß dies längere Zeit anhält, was zweifellos den Preisanstieg dämpfen würde.

Unterschiede bestanden in diesen Jahren auch hinsichtlich der *innerwirtschaftlichen* Verhältnisse. In den Vereinigten Staaten hat sich nach dem ersten Nachkriegsboom die *Investitionsneigung* der Unternehmen (gemessen an dem Anteil des Sozialprodukts, der für Investitionen aufgewendet wird) merklich verringert; die Gewinnmarge sank beträchtlich, und ein wachsender Teil der Investitionen der Unternehmen mußte aus fremden Mitteln aufgebracht werden (an denen es freilich nicht fehlte, da die Ersparnis der privaten Haushalte mit deren Einkommen stieg). In der Bundesrepublik dagegen ist während der ganzen Zeit die Investitionsneigung der Unternehmen ungebrochen gewesen, ja sie hat sogar im Laufe der Jahre zugenommen. Unverkennbar ist aber, daß auch hier die Investitionen bei abnehmender Profitrate und steigendem Anteil fremder Finanzierungsmittel vorgenommen worden sind. Es liegt auf der Hand, daß sich dieser Prozeß noch verstärken kann, wenn die Konkurrenz des Auslands wächst (wofür die Passivierung der Zahlungsbilanz ein Symptom ist) und wenn gleichzeitig die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Kreditpolitik, im Interesse der Geldwertstabilität eine eher restriktive Linie beibehält. Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß sich unter diesen Umständen die Investitionsneigung der Unternehmen einmal verringert.

Freilich vollzogen sich in den Vereinigten Staaten die letzten Jahre der weitgehenden Preisstabilität bei einer relativ großen unausgenutzten *Reserve an Arbeitskräften* mit der Folge, daß sich die Löhne nur wenig mehr erhöhten als die Produktivität in der Gesamtwirtschaft. In der Bundesrepublik dagegen ist der Arbeitsmarkt seit langem außerordentlich stark angespannt. Gleichwohl wäre auch hier ein Wandel auf längere Sicht nicht unmöglich, nämlich dann, wenn sich einige der oben erwähnten Tendenzen durchsetzten. Man kann daher nicht von vornherein ausschließen, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung auch in der

Bundesrepublik über kurz oder lang einer für die Geldwertstabilität so günstigen Situation nähert, wie sie für die Vereinigten Staaten über Jahre hinweg charakteristisch war und im Grunde auch heute noch ist.

27. Wenn somit die *Chancen* für eine Wiedergewinnung der vollen finanziellen Stabilität in der Bundesrepublik zweifellos gegeben sind, so besteht andererseits naturgemäß keine Garantie, daß sie genutzt werden, und kein Automatismus vermag sicherzustellen, daß die Entwicklung über kurz oder lang in die oben für möglich gehaltenen Bahnen einmündet. In einer wirtschaftspolitischen Grundhaltung, in der die Sicherung des Arbeitsplatzes und ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum (sowohl bei uns als auch in anderen Ländern) unter den wirtschaftspolitischen Zielen stärker als früher betont wird, ist es selbstverständlich nicht leicht, auch noch das Ziel voller Preisstabilität in gleichem Maße zu verwirklichen, schwieriger jedenfalls als in Perioden, in denen diese anderen Ziele der Wirtschaftspolitik nicht mit gleicher Konsequenz angestrebt, ja vielfach nicht einmal klar erkannt wurden. Die Notenbank bedauert dies insofern, als für sie das Ziel, die Kaufkraft des Geldes zu sichern, grundsätzlich an erster Stelle stehen muß. Gleichwohl wäre Resignation nicht am Platze. Vor 35 Jahren, in der großen Wirtschaftskrise, erschien es vielfach undenkbar, daß die damals als hochentwickelt betrachteten Volkswirtschaften das Stadium der Unterbeschäftigung, in dem sie sich zu jener Zeit befanden, nachhaltig überwinden könnten. Das Gespenst der „reifen“ Volkswirtschaft, die keine Wachstumschancen mehr hätte, bestimmte weitgehend das Denken. Inzwischen hat sich das Realeinkommen in vielen Ländern verdoppelt oder

noch mehr erhöht, und an weiteren Wachstumschancen — selbst der am meisten fortgeschrittenen Länder — ist nicht zu zweifeln. Nicht minder falsch wie damals jene Voraussage könnte sich heute eine Annahme erweisen, daß die anhaltende leichte Preissteigerung in den jüngst vergangenen Jahren ein notwendiger und nicht mehr zu beseitigender Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung sei. Eine Erklärung über die wahrscheinliche weitere Entwicklung der Preise und des Geldwerts kann daher nicht abgegeben werden. Wohl aber kann die Hoffnung zum Ausdruck gebracht werden, daß es in Zukunft gelingen könnte, das „Leben mit der Vollbeschäftigung“ zu lernen und die bisher mit der guten Beschäftigung verbundenen Preissteigerungen zu vermeiden. Notwendig zur Wahrung der Preisstabilität sind vor allem: eine nicht inflatorische Finanzgebarung des Staates, eine Beschränkung der Ansprüche, die die einzelnen sozialen Gruppen an das Sozialprodukt stellen (unter Umständen über eine institutionalisierte Einkommenspolitik) und eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, verbunden mit einer „Härtung“ der internationalen Währungsordnung. Freilich wird man Geldwertstabilität nicht im Sinne einer engen Preisindexstabilität verstehen dürfen, sondern im Sinne einer Stabilität auffassen müssen, bei der alle hierfür wichtigen Kriterien in die Beurteilung miteinbezogen werden.

\* \* \*

Die vorstehenden Ausführungen beantworten nur die vom Gericht gestellten Fragen. Die Klageanträge werfen aber auch erhebliche Fragen wirtschafts- und währungspolitischer Art auf, die in der vorstehenden Stellungnahme nicht berührt worden sind.

### Verzeichnis der Anlagen\*)

- Anlage 1: *Verzeichnis der amtlichen Preisindices*
- Anlage 2: *Der Preisindex des Sozialprodukts und seine Zusammensetzung*
- Anlage 3: *Preisindex für die Lebenshaltung*
- Anlage 4: *Volkseinkommen und gesamtwirtschaftliche Ersparnis*
- Anlage 5: *Die langfristige Preisentwicklung in den USA*
- Anlage 6: *Die langfristige Preisentwicklung in Deutschland*

\*) Dem Gutachten waren zwölf Anlagen beigelegt. Aus diesen Anlagen wurden vier Tabellen und zwei Schaubilder im Zusammenhang mit dem Text abgedruckt.

## Verzeichnis der amtlichen Preisindizes

1. Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	12. Preisindex für Gemischt genutzte Gebäude
2. Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	13. Preisindex für den Straßenbau
3. Index der Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen	14. Meßziffer der Verkaufspreise des Großhandels
4. Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	15. Index der Einzelhandelspreise
5. Index der Erzeugerpreise für im Inland abgesetzte industrielle Produkte nach Warengruppen, nach Wirtschaftszweigen und nach Investitions- und Verbrauchsgütern	16. Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter
6. Zusammengefaßter Index der Erzeugerpreise für im Inland und Ausland abgesetzte industrielle Produkte	17. Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter
7. Preisindex ausgewählter Grundstoffe	18. Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr
8. Preisindex für Wohngebäude	19. Index der Durchschnittswerte der Einfuhr
9. Preisindex für Bürogebäude	20. Preisindex für die Lebenshaltung mittlerer Arbeitnehmer-Haushalte
10. Preisindex für Gewerbliche Betriebsgebäude	21. Preisindex für die Lebenshaltung von Renten- und Fürsorgeempfänger-Haushalten
11. Preisindex für Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	22. Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes
	23. Preisindex für die Lebenshaltung einer gehobenen Verbrauchergruppe (nur bis 1960)
	24. Indices der Seefrachtraten
	25. Preisindex des Sozialprodukts

## Der Preisindex des Sozialprodukts und seine Zusammensetzung

1950 = 100<sup>1)</sup>

Zeit	Preisindex des Bruttosozialprodukts insgesamt	darunter				
		Preisindex aller in die inländische Verwendung eingehenden Waren und Leistungen	Privater Verbrauch	Staatlicher Verbrauch	Ausrüstungs-investitionen	Bau-investitionen
1950	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1951	110,0	110,2	107,7	112,3	116,0	115,7
1952	115,5	114,0	109,7	120,2	126,3	123,4
1953	115,2	112,8	108,2	123,0	123,8	119,2
1954	115,3	113,0	108,8	124,5	120,6	119,8
1955	117,6	115,5	110,6	129,1	121,8	126,2
1956	121,1	118,6	112,9	136,4	125,0	129,7
1957	124,6	121,8	115,8	140,7	128,5	134,3
1958	129,1	125,0	118,7	145,7	130,3	138,3
1959	130,9	126,4	119,9	146,8	129,1	144,8
1960	134,3	129,1	121,3	153,4	130,6	154,6
1961	140,0	134,0	124,7	161,6	133,8	165,5
1962	146,3	139,1	128,5	166,3	138,6	178,3
1963 <sup>2)</sup>	150,5	142,9	131,8	171,5	139,0	187,8
1964 <sup>2)</sup>	154,8	146,8	135,1	179,3	140,7	195,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH <sup>3)</sup>						
1950 — 1955	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,0	+ 5,2	+ 4,0	+ 4,8
1955 — 1960	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,5	+ 1,4	+ 4,1
1960 — 1964	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,7	+ 4,0	+ 1,9	+ 6,0
1950 — 1964	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 4,3	+ 2,5	+ 4,9
1953 — 1964	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,0	+ 3,5	+ 1,2	+ 4,6

1) Umbasiert von der Originalbasis 1954. — 2) Errechnet als geometrisches Mittel. — 3) Vorläufig.

Preisindex für die Lebenshaltung<sup>1)</sup>

1950 = 100

Zeit	Gesamt- lebens- haltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1951	107,8	109,2	98,0	101,8	108,2	110,4	110,9	108,0	108,3	112,1
1952	110,0	114,1	99,6	103,7	116,3	109,6	103,3	106,6	111,1	116,9
1953	108,1	112,3	93,3	106,9	120,2	104,0	97,9	103,8	109,8	118,0
1954	108,2	113,7	86,6	107,1	126,8	102,1	96,6	103,2	108,0	118,7
1955	110,0	115,8	85,8	110,3	129,7	102,9	96,6	106,0	110,3	119,4
1956	112,9	119,3	85,6	117,4	132,3	105,0	97,4	108,0	113,1	118,3
1957	115,2	121,3	85,5	119,1	135,6	109,0	101,1	109,7	116,8	119,3
1958	117,7	123,8	85,3	121,1	141,4	109,5	104,1	112,3	120,1	128,2
1959	118,8	126,0	84,4	123,9	142,6	108,1	103,8	113,4	122,0	130,3
1960	120,5	126,8	84,3	131,6	144,2	108,0	105,7	115,2	125,2	132,2
1961	123,2	128,1	84,3	143,0	146,6	110,2	108,1	118,3	129,7	135,9
1962	126,9	133,2	85,1	147,7	149,5	112,1	111,0	122,5	135,5	137,6
1963	130,7	137,5	86,0	156,3	153,4	112,6	113,5	125,5	140,5	143,2
1964	133,8	140,9	86,5	166,0	155,6	113,3	115,8	127,7	145,5	144,6
Jahresdurchschnittliche Veränderung in vH <sup>2)</sup>										
1950 — 1955	+ 1,9	+ 3,0	- 3,0	+ 2,0	+ 5,3	+ 0,6	- 0,7	+ 1,2	+ 2,0	+ 3,6
1955 — 1960	+ 1,8	+ 1,8	- 0,4	+ 3,6	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,1
1960 — 1964	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,7	+ 6,0	+ 1,9	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,8	+ 2,3
1950 — 1964	+ 2,1	+ 2,5	- 1,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,7

<sup>1)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes und mit Lebenshaltungsausgaben von rund DM 750,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 (für die Zeit von 1957 bis 1960 mit Lebenshaltungsausgaben von rd. DM 570,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958, für die Zeit davor mit Lebenshaltungsausgaben von rd. DM 300,— monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950). — <sup>2)</sup> Errechnet als geometrisches Mittel.

## Volkseinkommen und gesamtwirtschaftliche Ersparnis

Zeit	Zusammensetzung des Volkseinkommens					Aufgliederung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis						
	Volkseinkommen insgesamt	davon				Gesamtwirtschaftliche Ersparnis insgesamt <sup>1)</sup>	darunter					
		Brutto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			Ersparnis <sup>2)</sup> der privaten Haushalte		Ersparnis <sup>2)</sup> der Unternehmen		Ersparnis <sup>2)</sup> der öffentlichen Haushalte	
		Mrd DM	Mrd DM	vH von Gesamt	Mrd DM		vH von Gesamt	Mrd DM	vH von Gesamt	Mrd DM	vH von Gesamt	Mrd DM
1950	75,2	44,1	58,6	31,1	41,4	11,7	2,1	18,2	4,5	38,4	3,3	27,8
1951	91,1	53,4	58,7	37,7	41,3	16,9	2,4	14,1	7,1	42,1	6,1	36,1
1952	103,8	59,6	57,4	44,2	42,6	20,1	4,4	22,1	7,5	37,3	8,0	39,7
1953	112,1	65,8	58,7	46,3	41,3	21,6	5,5	25,7	5,4	24,9	10,6	49,3
1954	121,1	71,9	59,4	49,2	40,6	25,5	6,7	26,4	6,9	26,8	11,8	46,3
1955	139,5	82,0	58,8	57,5	41,2	33,6	7,0	21,0	12,7	37,7	14,0	41,6
1956	154,4	91,8	59,5	62,6	40,5	36,9	7,0	19,0	14,5	39,2	15,6	42,4
1957	168,3	100,5	59,7	67,8	40,3	39,3	11,1	28,3	13,9	35,4	14,8	37,7
1958	180,1	109,0	60,5	71,1	39,5	39,7	12,7	32,0	14,7	37,1	12,8	32,1
1959	194,0	116,8	60,2	74,2	39,8	44,5	14,1	31,7	15,5	34,7	16,1	36,2
1960 <sup>3)</sup>	229,8	139,8	60,8	90,0	39,2	56,8	15,4	27,1	19,4	34,1	23,0	40,5
1961	251,6	157,2	62,5	94,4	37,5	58,0	17,4	29,9	16,6	28,5	26,5	45,7
1962	271,9	173,9	63,9	98,0	36,1	58,6	19,0	32,3	13,7	23,4	27,1	46,2
1963 <sup>4)</sup>	288,0	186,6	64,8	101,4	35,2	59,8	22,8	38,2	11,9	19,8	25,8	43,2
1964 <sup>4)</sup>	315,3	204,4	64,8	110,9	35,2	72,8	28,2	38,8	14,7	20,2	30,5	41,9

<sup>1)</sup> Einschl. des Saldos der Vermögensübertragungen zwischen In- und Ausland. — <sup>2)</sup> Vor Berücksichtigung der Vermögensübertragungen. — <sup>3)</sup> Ab 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — <sup>4)</sup> Vorläufig.

## Anlage 5

## Die langfristige Preisentwicklung in den USA

1820—1964

Preisindex für die Lebenshaltung <sup>1)</sup> 1913 = 100				Großhandelspreise <sup>2)</sup> 1910—1914 = 100			
1820	65	1870	91	1920	202	1820	106
	62		89		181		102
	64		90		169		106
	61		88		172		103
	57		88		173		98
1825	58	1875	86	1925	177	1825	103
	55		81		179		99
	57		80		175		98
	57		80		173		97
	58		79		173		96
1830	54	1880	80	1930	169	1830	91
	56		83		154		94
	57		86		138		95
	58		81		131		95
	51		77		135		90
1835	60	1885	75	1935	139	1835	100
	68		76		140		114
	72		76		145		115
	71		78		142		110
	71		78		140		112
1840	60	1890	78	1940	141	1840	95
	60		76		149		92
	55		77		165		82
	51		75		175		75
	52		73		178		77
1845	54	1895	73	1945	132	1845	83
	58		74		197		83
	58		75		226		90
	54		75		243		82
	51		77		241		82
1850	54	1900	80	1950	243	1850	84
	60		82		262		83
	64		84		268		88
	64		88		270		97
	64		87		271		108
1855	67	1905	87	1955	270	1855	110
	68		90		274		105
	70		95		284		111
	69		91		292		93
	63		91		294		95
1860	61	1910	96	1960	299	1860	93
	63		96		302		89
	69		102		306		104
	78		100		309		133
	95		101		313		193
1865	102	1915	103			1865	185
	103		110				174
	102		130				162
	98		152				158
	95		175				151

<sup>1)</sup> Von 1820 bis 1912: Cost-of-Living Index der Federal Reserve Bank of New York; ab 1913 Consumer Price Index (Bureau of Labor Statistics). —  
<sup>2)</sup> Von 1820 bis 1889: Wholesale Prices in the United States (Warren and Pearson), ab 1890 Wholesale Prices of all Commodities (Bureau of Labor Statistics).

## Anlage 6

## Die langfristige Preisentwicklung in Deutschland

1820—1964

Preisindex für die Lebenshaltung <sup>1)</sup> 1913/14 = 100				Großhandelspreise <sup>2)</sup> 1913 = 100			
1820	38	1870	64	1920	—	1820	90
	33		69		—		85
	34		72		—		84
	35		80		—		82
	28		83		131		72
1825	27	1875	76	1925	142	1825	76
	30		76		142		72
	35		77		148		77
	36		73		152		78
	37		72		154		77
1830	39	1880	76	1930	148	1830	78
	44		77		136		82
	42		75		121		80
	40		75		118		76
	35		72		121		76
1835	35	1885	70	1935	123	1835	77
	35		69		125		78
	35		69		125		74
	40		70		126		78
	42		73		126		81
1840	41	1890	75	1940	130	1840	80
	40		77		133		78
	42		76		137		78
	45		75		139		78
	41		74		141		76
1845	44	1895	73	1945	—	1845	82
	52		72		—		88
	61		74		—		97
	44		76	1948	211		76
	39		76	2. Hj.	209		70
1850	38	1900	77	1950	196	1850	71
	42		78		211		75
	49		79		215		82
	53		79		212		92
	62		79		212		100
1855	67	1905	82	1955	215	1855	105
	65		87		221		105
	55		88		226		101
	53		88		230		91
	53		90		233		89
1860	57	1910	92	1960	236	1860	94
	59		95		242		94
	60		100		249		94
	55		100		256		92
	52		100		262		91
1865	55	1915	—			1865	89
	58		—				90
	68		—				97
	69		—				97
	63		—				92

<sup>1)</sup> Von 1820 bis 1914: Index von Kuczynski (Ernährung und Wohnung). Von 1924 bis 1944: Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten des Statistischen Reichsamtes. Von 1948 bis 1964: Preisindex für die Lebenshaltung des Statistischen Bundesamtes. — <sup>2)</sup> Von 1820 bis 1913: Index der Großhandelspreise von Jacobs und Richter. Von 1924 bis 1944: Index der Großhandelspreise des Statistischen Reichsamtes. Von 1950 bis 1964: Preisindex ausgewählter Grundstoffe des Statistischen Bundesamtes.